

# Gewerkschaften am Übergang zum post-fossilen Zeitalter

Elmar Altvater

Wachstumssteigerung gilt weiterhin als allgemeines wirtschaftspolitisches Ziel. Im Koalitionsvertrag vom November 2005 setzt die Große Koalition in Deutschland auf „neues Wachstum“. Dieses wird zugleich als im quantitativen Sinne „deutlich mehr Wachstum“ definiert. Mit mehr Wachstum sollen mehr Beschäftigungschancen eröffnet werden, um mehr Einnahmen bei den Sozialversicherungen zu erbringen, um die Konsumnachfrage zu beleben und um die Staatshaushalte zu sanieren. Dabei bleibt die grundsätzliche Fragestellung unberührt, ob Wachstum ein verantwortbares Ziel der Wirtschaftspolitik in einem bereits hoch entwickelten Industrieland sein kann, angesichts der Umweltbelastungen eines mit dem Wachstum größer werdenden Stoff- und Energieumsatzes. Auch wird der Zusammenhang zwischen internationalen Finanzmärkten und deren Wirkung auf Zinsen und Renditen und realwirtschaftliches Wachstum nicht in Rechnung gestellt.

Die EU verspricht steigendes Wachstum, wenn die Ziele der Lissabon-Strategie vom Jahre 2000 umgesetzt werden. Allerdings sind die Ergebnisse bislang mager. Die OECD bemisst die Qualität von Regierungshandeln an der Wachstumsrate, die dieses stimulieren kann. Der US-amerikanische Council of Economic Advisors hat „pro growth principles“ entwickelt, die allesamt darauf hinauslaufen, dass eine für Unternehmen günstige, also profitable Lage angebotspolitisch erzeugt werden kann, in der Investitionen sich „lohnen“. „Wachstum ist gut für die Beschäftigung“, heißt es bei der Weltbank. Das mag so sein, muss es aber nicht. Denn ob Investitionen überhaupt getätigt werden, hängt vom Vergleich der externen Marktzinsen und der Renditen, die auf internationalen Finanzmärkten verdient werden können, mit der realen „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ bzw. der Profitrate des zusätzlich akkumulierten, des investierten Kapitals ab. Dieser Vergleich geht bei hohen internationalen Zinssätzen und Renditen, die sich im zweistelligen Bereich bewegen, sehr häufig zu Lasten der realen Investitionen aus. Selbst

wenn diese getätigt werden, können sie angesichts des Wettbewerbsdrucks auf internationalen Warenmärkten eher der Rationalisierung, also der Abschaffung von Arbeitsplätzen, dienen als der Erweiterung und damit der Erhöhung des Beschäftigungsgrades. Wachstum, so könnte man mit vielen anderen Äußerungen belegen, ist ein wesentliches Element im dominanten wirtschaftspolitischen Diskurs, man kann von einer global verbreiteten Wachstumsmanie sprechen.

Tatsächlich gibt es Grenzen des Wachstums, die durch die begrenzten fossilen Ressourcen immer schärfer hervortreten. Vor diesem Hintergrund sollten auch Gewerkschaften bisherige fest gefügte Orientierungen stärker in Richtung einer Doppelstrategie zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen überdenken.

## DIE WACHSTUMSGLEICHUNG

Das Wachstum der Wirtschaft ist bekanntlich von zwei Komponenten abhängig, dem Zuwachs des Arbeitsvolumens und dem Zuwachs der Produktivität der Arbeit, auf die wiederum eine Fülle von Einflüssen wirken. Dazu gehören der Technische Fortschritt, die Gestaltung des Systems der Industriellen Beziehungen, die Rolle der Finanzmärkte, die Systeme der Qualifizierung der Arbeitskraft, die Erwerbsbeteiligung der verschiedenen Altersgruppen und Geschlechter – also alle jene Faktoren, die für die „Spielarten“ des Kapitalismus, für den eher „atlantischen“ oder den eher „rheinischen“ Kapitalismus verantwortlich sind. Hinter der simplen Identitätsgleichung, dass wirtschaftliches Wachstum die Resultante der genannten zwei Faktoren ist, verbergen sich also komplexe sozioökonomische und politische Zusammenhänge.

Freilich lässt sich die Wachstumsgleichung auch kausal interpretieren: Je höher der Produktivitätsfortschritt, desto weniger Arbeit wird benötigt, um eine bestimmte Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zu erzielen. Oder: Um mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, muss bei gegebener Produktivität die Produktion

gesteigert werden. Gelingt die Kompensation der Freisetzen von Arbeitskräften infolge von Produktivitätssteigerungen durch den erhöhten Produktionsausstoß nicht, kommt es unweigerlich zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dies hatte *David Ricardo* zu Beginn des 19. Jahrhunderts bereits klar erkannt. Er sprach von der „redundant population“, die mit der „Erhöhung des Wohlstands der Nationen“ entsteht: Arbeitslose, Marginalisierte und viele, die zur Migration gezwungen wurden. Von 1820 bis 1914 haben ja an die 55 Millionen Europäer den Kontinent verlassen und in der „Neuen Welt“, in Nord- und Südamerika, auch in Australien, Asien und Afrika ein neues Zuhause gefunden. Heute werden viele der „Weltüberflüssigen“ nicht nur in die Arbeitslosigkeit, sondern auch in die informelle Ökonomie prekärer Arbeitsverhältnisse verdrängt – und ebenfalls in die Migration, ohne eine „Neue Welt“ erobern und besiedeln zu können. Denn die Grenzen sind dicht.

## GRENZEN DES WACHSTUMS

Das Wachstum kann nicht so angekurbelt werden, wie es viele wünschen. Abgesehen von den banalen ökonomischen Grenzen des Wachstums, die sich aus der mathematischen Selbstverständlichkeit ergeben, dass lineares absolutes Wachstum mit steigendem Niveau abnehmende relative Wachstumsraten verursacht, gibt es ökologische Grenzen. Diese haben sich mit dem Paukenschlag der Hurrikane vom Sommer und Herbst 2005 weltweit bemerkbar gemacht, nachdem der Club of Rome bereits in den 1970er Jahren die Grenzen des Wachstums thematisiert hatte. Heute haben wir sehr gute Gründe diese Warnungen ernst zu nehmen. Denn wir befinden uns mitten im Klimawandel.

Elmar Altvater, Professor für Internationale Politische Ökonomie, Otto Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin; im Ruhestand.  
e-mail: altvater@zedat.fu-berlin.de

Mehr und mehr geraten auch die unvermeidlichen Grenzen der energetischen Versorgung ins Blickfeld. Das Wachstum der vergangenen 200 Jahre (also seit der Industriellen Revolution) beruhte vor allem auf der leichten und billigen Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern. Anders als die Flussenergie der Sonne, sind die Bestände der fossilen Energieträger endlich, und sie werden knapp. Der Höhepunkt der Ölförderung ist bereits überschritten oder wird in absehbarer Zeit innerhalb dieser oder spätestens in der nächsten Dekade überschritten sein („Peak Oil“ wird bald erreicht). 940 Milliarden Barrels Öl sind bereits verbrannt worden und in der Erdkruste werden noch zwischen etwa 800 und 1.150 Milliarden Barrels, also gut die gleiche Menge vermutet. Öl wird noch eine Weile zur Verfügung stehen, aber nur zu steigenden Preisen, da ja die Nachfrage nach Öl sowohl von Seiten der Industrieländer als auch von Seiten der neu industrialisierenden Länder zunehmen wird und das Angebot knapper ausfällt. Das ist eine Situation, in der vor allem die großen Ölfirmen satte Profite einfahren können. Die zweite Hälfte der planetaren Ölbestände wird schneller verbraucht sein als die erste Hälfte. Allgemein wird damit gerechnet, dass die Reichweite der Ölbestände gerade einmal 40 Jahre beträgt. Die heute Geborenen werden sich in ihren alten Tagen die Benzinkutsche also kaum noch leisten können.

Auf dem Höhepunkt der Ölförderung tun wir gut daran, an den Anfang des fossilen Zeitalters zu Beginn der Industriellen Revolution zu denken. Damals wurde das Wachstum der Wirtschaft in kurzer Frist enorm beschleunigt. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts stieg zwischen 1820 und dem Jahr 2000 auf etwa 2,2 %, nachdem sie in den Jahrtausenden zuvor bei höchstens 0,2 % gelegen hatte. Dies besagen Berechnungen, die der norwegische Statistiker *Angus Maddison* im Auftrag der OECD zum Millenniumswechsel 2000 vorgelegt hat. Die Daten kann man methodisch anzweifeln, sie sind jedoch plausibel. Jedenfalls hat sich der qualitative Sprung von Wirtschaft und Gesellschaft in eine kapitalistische Wachstumsökonomie auch in den Diskursen bemerkbar gemacht. Ein Mensch des Mittelalters hätte mit dem Begriff des Wachstums nicht viel anfangen können, vor allem nicht mit der Vorstellung dauerhaft hohen Wachstums. Denn

seine empirische Erfahrung sagte ihm, dass Bäume nicht in den Himmel wachsen und Menschen irgendwann erwachsen sind.

200 Jahre hohen Wachstums jedoch haben auch die Wahrnehmungen und die Diskurse verändert. In der Wirtschaftstheorie entwickelt sich die Wachstumstheorie mit ihren keynesianischen, neoklassischen und institutionalistischen Varianten. In den politischen Diskursen wird von Wachstum die Lösung nachgerade aller Probleme erwartet: „Wachstum ist gut für die Armen“, schreibt die Weltbank im Hinblick auf die Millenniumsziele, die Armut bis zum Jahre 2010 zu halbieren. Dabei wird nicht mitbedacht, dass Wachstum nur möglich ist, wenn Investitionen getätigt werden. Diese müssen aber finanziert werden. Die Finanzierungskosten (vor allem die Zinsen) aber können höher sein als die reale Wachstumsrate. So ist es seit Anfang der 1980er Jahre nahezu überall in der Welt. Dann wird nicht die Armut zurückgehen, sondern die Verschuldung steigen. Dieser Zusammenhang verweist schon darauf, dass Wachstum keineswegs eine ausschließlich ökonomische Kategorie ist, sondern soziale und politische Dimensionen hat.

#### POLITISCHE SPIELRÄUME?

Gewerkschaften befinden sich in einem Dilemma. Es wäre erleichternd, wenn die Arbeitslosigkeit mit einer Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums überwunden werden könnte und wenn der Produktivitätsanstieg zugleich eine Erhöhung des Einkommens zuließe. Die Lohn- und Gehaltszuwächse könnten sich wieder an der Produktivität orientieren und gewerkschaftliche Einkommenspolitik hätte somit eine quasi objektive und rational begründbare Leitlinie. Doch was ist, wenn die Wachstumsraten auf niedrigem Niveau stagnieren, wenn das goldene Zeitalter der hohen Einkommenszuwächse vorüber ist? Dann ist der Produktivitätsanstieg zunächst verantwortlich für Freisetzungen. Die zunehmende Arbeitslosigkeit, insbesondere wenn sie sich als Massenarbeitslosigkeit strukturell verfestigt, schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, sodass der Anstieg der Produktivität noch nicht einmal in höhere Lohn- und Gehaltseinkommen umgesetzt werden kann. Dies hat sich in der Tarifpolitik der vergangenen Jahre niedergeschlagen. Nur

noch geringe Lohn- und Gehaltszuwächse waren die Folge und die Verteilung verschlechterte sich zulasten der Masseneinkommen.

Dies ist Anlass für die Frage, ob es überhaupt Spielräume der beschäftigungswirksamen Steigerung des Wachstums gibt und welche Konsequenzen sich aus den „Grenzen des Wachstums“ für gewerkschaftliche Politik ergeben.

Schon *Karl Marx* hatte die optimistische Annahme von der möglichen Kompensation der Freisetzungen durch Wachstum kritisiert. Denn auch wenn die Wachstumsrate gesteigert wird, können in aller Regel nicht so viele Jobs geschaffen werden, wie verloren gegangen sind. „Neues Wachstum“ kommt ja zum Teil durch Produktivitätssteigerungen zustande, die vorwiegend arbeitssparend sind. Nur wenn die Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts“ in der globalen Konkurrenz verbessert wird, werden mit neuen Marktanteilen auch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, allerdings auf Kosten der Arbeitsplätze an anderen „Standorten“. Per saldo, also über die Ländergrenzen in einer globalisierten Welt hinweg, gehen mehr Arbeitsplätze verloren als neue geschaffen werden. Daher sind in den vergangenen Jahrzehnten die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter und die Bereiche der informellen Wirtschaft größer geworden, in allen Weltregionen, und zwar trotz positiver Wachstumsraten.

Auch die Gewerkschaften sind von der Wachstumsmanie nicht frei. Tatsächlich werden ja auch die Verteilungsspielräume größer, wenn die Wirtschaft wächst und kleiner, wenn sie stagniert. Auch wenn es keinen direkten Zusammenhang zwischen Investitionen, Wachstum und Beschäftigung gibt, ist es doch unbestreitbar, dass die Wahrscheinlichkeit eines Beschäftigungsanstiegs größer in einer dynamischen als in einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Wirtschaft ist. Dies ist der Grund, weshalb auch Gewerkschaften Wachstum fast niemals infrage stellen. Allerdings bezweifeln die meisten Gewerkschafter die Möglichkeit, mit den neoklassisch-neoliberalen Methoden von angebotspolitischer Steuerung das Wachstum zu stimulieren. Das ergibt sich aus theoretischen Überlegungen ebenso wie aus Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte. Tatsächlich zeigen Ländervergleiche, dass Wachstumsraten keineswegs in jenen Ländern höher sind, die eine strikte angebotspolitische Linie der Deregulierung, Privatisierung

tisierung, des Abbaus von Soziallöhnen und einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verfolgen. Eine Politik der Nachfragesteigerung, insbesondere der Steigerung der Massenkaufkraft durch Erhöhungen der Individuallöhne und -gehälter und Steigerungen der Sozialausgaben kann geeignet sein, um Wachstum anzukurbeln. Allerdings gilt dies nur dann, wenn es Wachstumsspielräume gibt. Dann ist eine Strategie der Steigerung der Massenkaufkraft angemessen und angebracht.

Wann ist dies der Fall? Angesichts von Massenarbeitslosigkeit in allen Industrieländern steht ein nahezu unbegrenztes Arbeitspotenzial zur Verfügung, auch wenn es einzelne Engpässe bei bestimmten Qualifikationen geben mag. Aber Kapitalinputs werden teurer. Zum einen steigt in aller Regel mit dem Technischen Fortschritt im Verlauf der ökonomischen Entwicklung der Kapitalkoeffizient. Zum zweiten sind bei hohem Realzinsniveau auf internationalen Kapitalmärkten und bei hohen Renditeansprüchen von international operierenden Kapitalanlegern die Finanzierungskosten von realen Investitionen höher als sie sein müssten. Der Spielraum kann daher gestaltet werden, wenn sich Regierungen und Zentralbanken auf eine Politik der Senkung des internationalen Zinsniveaus konzentrieren. Beschäftigungspolitik muss geld- und finanzpolitisch abgesichert werden. Dazu gibt es viele Vorschläge, die bislang immer an heftigen Lobby-Interessen gescheitert sind.

Zum dritten erhöht sich der Aufwand für natürlich begrenzte Rohstoffe, vor allem für den Erwerb der Energieträger Öl und Gas. Denn das Angebot wird, wie schon angedeutet wurde, knapper, während die Nachfrage zunimmt. Bislang haben bei akuter Knappheit „Swing Producers“ wie Saudi Arabien die Ölförderung steigern und den Anstieg des Öl- und Gaspreises bremsen können. Doch diese Möglichkeiten sind heute aus geologischen, aber auch aus politischen Gründen (Instabilitäten in den Öl produzierenden Ländern) eingeschränkt. An diesen Grenzen kann eine nachfrageorientierte Wachstumspolitik scheitern. Sie bietet nur so lange eine echte Perspektive gerade auch über

die angebotspolitischen Ansätze hinaus, wie es Wachstumsreserven gibt. Wenn diese aufgebraucht sein sollten, ist weder angebotspolitisch noch nachfragepolitisch viel zu machen. Und die Hoffnung auf hohe Wachstumsraten, die alle Probleme so wunderbar erleichtern könnten, verwandelt sich in eine Illusion.

### **GEWERKSCHAFTLICHE DOPPELSTRATEGIEN**

Was folgt daraus? Gewerkschaften müssen doppelgleisig vorgehen. Es kann auf Stimulierung des Wachstums durch Steigerung der Massennachfrage gesetzt werden, so lange und soweit die genannten Spielräume gegeben sind und soweit es möglich ist, diese durch aktiv gestaltende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf nationaler, aber immer mehr auf europäischer und globaler Ebene auszuweiten. Das ist schon schwierig genug. Doch parallel müssen zugleich Politiken entwickelt werden für jene Zeiten, in denen Wachstum eine Manie der Vergangenheit des fossilen Zeitalters gewesen sein wird. Schon *John Stuart Mill*, ein Klassiker der Politischen Ökonomie aus dem 19. Jahrhundert, hat eine stationäre Ökonomie der kontemplativen Selbstgenügsamkeit ohne Akkumulation und Wachstum gedacht. Der wirtschaftliche Fortschritt könne, so seine Vorstellung von Entwicklung (nicht von Wachstum), gänzlich in eine Verkürzung der Arbeitszeit umgesetzt werden. Die Strategie der Arbeitszeitverkürzung bekommt also an den Grenzen des Wachstums eine ganz neue Note, über die Begründungen mit dem Produktivitätsfortschritt und der größeren Freizeit zur Selbstverwirklichung („Samstags gehört Papi mir“) hinaus.

Wenn die fossilen Energieträger wesentlich teurer werden und gar ausgehen und die Nutzung von Atomkraft keine sinnvolle Alternative sein kann – welche Energien stehen dann zur Verfügung? Die schwedische Regierung hat jüngst den radikalen Beschluss gefasst, bis zum Jahre 2020, also in nur eineinhalb Jahrzehnten, die Energieversorgung des Landes zu 100 % vom Öl unabhängig zu machen ([http://business.guardian.co.uk/print/0,,](http://business.guardian.co.uk/print/0,,5394081-108725,00.html)

[5394081-108725,00.html](http://business.guardian.co.uk/print/0,,5394081-108725,00.html)). Das geht nur, wenn die fossilen Energieträger vollständig durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden, durch Biomasse, Wind, Fotovoltaik, Gezeiten, Wasserkraft und andere Formen, in die die einstrahlende Sonnenenergie auf Erden transformiert wird. Die Frage allerdings muss gestellt werden, ob die erneuerbaren Energieträger ein ähnliches Zeit- und Raumregime wie die fossilen Energieträger zulassen, ob nicht regionale Kreisläufe an Stelle der globalen Vernetzung treten und auch die Tempi aus den Produktionsprozessen genommen werden müssen. Da die Beschleunigung aller Prozesse zur Folge hat, dass die Arbeitsproduktivität steigt (mehr Produkte können in der gleichen Zeiteinheit hergestellt werden), kann es durch eine „Entschleunigung“ zu einem Rückgang der Steigerung der Arbeitsproduktivität kommen. Dies wäre beschäftigungspolitisch positiv, aber die Beschäftigung hätte sowohl hinsichtlich der Qualifikationen als auch der Form, in der sie zustande kommt, viele neue Eigenschaften. An dieser Stelle wäre es notwendig, auf die Unterschiede zwischen globalem „Norden“ und „Süden“, den hoch entwickelten und weniger entwickelten Ländern einzugehen. Die Probleme mit dem Wachstum sind sehr ähnlich in der Welt, doch die Antworten müssen den jeweiligen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen Rechnung tragen.

Parallel zur Förderung des Wachstums, so lange dies möglich ist, gilt es also bereits heute, eine Strategie jenseits des Wachstums zu entwickeln, in deren Mittelpunkt die erneuerbaren Energieträger stehen. Wir befinden uns heute an einer Grenze zwischen noch-fossilem Wachstumszeitalter und einem post-fossilen Zeitalter der erneuerbaren Energien, auf das wir uns ernsthaft vorbereiten müssen. Die Nutzung von noch vorhandenen Spielräumen für die Steigerung der Beschäftigung und der Einkommen ist nicht nur möglich, sondern geboten. Zugleich aber muss das noch offene Zeitfenster genutzt werden, um Beschäftigungs- und Einkommenspolitik für das post-fossile Zeitalter der erneuerbaren Energien vorzubereiten.